

Von Kasach- nach Helvetistan

Wo landen Gelder aus dubiosen Ölgeschäften mit Kasachstan? Etwa Gelder des Staatspräsidenten? Auf Schweizer Bankkonten.

Von Stefan Howald

110 Millionen US-Dollar aus Ölgeschäften mit Kasachstan sind gegenwärtig auf Genfer Bankkonten blockiert. Dies auf Grund eines US-Rechtshilfebegehrens. Seit April 2003 wird in den USA gegen den amerikanischen Staatsbürger James Giffen wegen Korruption verhandelt. Im Zusammenhang mit der Vergabe von Ölförderrechten in Kasachstan soll er unter anderem Präsident Nasarbajew bestochen haben. Kürzlich hat der Angeklagte die Freigabe offizieller US-Dokumente verlangt. Sie sollen zeigen, dass er bei seinen Geschäften in Kasachstan mit Wissen von US-Geheimdienst und -Behörden gehandelt habe.

Der Fall geht auf die Mitte der 1990er Jahre zurück. Damals erwarb Mobil Oil, jetzt Bestandteil von Exxon Mobil, für 1 Milliarde US-Dollar Ölförderrechte bei Tengiz. Im Jahre 2000 begannen die US-Behörden gegen James Giffen zu ermitteln. Giffen wirkte als persönlicher Berater der Regierung Kasachstans. Bereits im Juni 2000 liess das Schweizer Bundesamt für Justiz vorsorglich mehrere Konten mit insgesamt 120 Millionen US-Dollar auf zwei Banken in Genf sperren. Einsprachen dagegen sind bis und mit Bundesgericht abgewiesen worden. Laut Anklagevertreter handelt es sich bei einem der Begünstigten des Deals um den gegenwärtigen Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, beim anderen um den früheren Premierminister Nurlan Balgimbajew.

Autokratisches Regime

Kasachstan, mit 15 Millionen Einwohnern, ist flächenmässig der neuntgrößte Staat der Welt. Nasarbajew, Ende 1991 mit 98,7 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt, regiert die frühere Sowjetrepublik autokratisch. Die EU wie auch die US-Regierung haben sich verschiedentlich besorgt über die Situation der Menschenrechte in Kasachstan geäußert. Ein soeben veröffentlichter Länderbericht von Human Rights Watch erhebt den Vorwurf, die Opposition werde im Vorfeld der Parlamentswahlen vom kommenden Herbst massiv

unterdrückt. Auch die muslimische Mehrheit im Land wird diskriminiert.

Geopolitisch bedeutsam ist Kasachstan wegen grosser Öl- und Gasreserven. Vor ein paar Jahren ist im Land das grösste Ölfeld ausserhalb von Saudiarabien entdeckt worden. Nach der Unabhängigkeit hatte die Wirtschaft eine rasante Talfahrt angetreten. Von 1990 bis 2000 brach das Prokopf-Einkommen auf knapp die Hälfte ein. Seither hat sich die Wirtschaft dank gestiegener Erdölpreis etwas erholt. Doch Kasachstan bleibt vollkommen auf die Erdölindustrie ausgerichtet. Die neue Hauptstadt Astanah wird protzig hergerichtet, während die alten Industriegebiete verfallen. 30 Prozent der Bevölkerung leben in Armut.

Im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Ölfelder ist immer wieder der Verdacht auf Korruption laut geworden. James Giffen soll nicht nur von Mobil, sondern auch von Amoco (BP), Texaco und Philips Petroleum (ConocoPhilips) Bestechungsgelder eingesackt respektive weiter verteilt haben. Insgesamt haben die US-Behörden Anklage wegen 78 Millionen Dollar erhoben. Letztes Jahr wurde in den USA bereits ein ehemaliger Angestellter von Mobil Oil wegen Korruption im Zusammenhang mit den Ölfeldern von Tengiz zu knapp vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Im November 2003 überwies das Schweizer Bundesamt für Justiz 7,8 Millionen US-Dollar an die amerikanischen Behörden, da der Angeklagte in diesem Fall einem Vergleich zugestimmt hatte. Weiterhin blockiert bleiben auf Genfer Konten rund 110 Millionen US-Dollar. Bei einer Verurteilung Giffens würden sie von den US-Behörden eingezogen.

Abwiegungen

Präsident Nasarbajew hält sich im Falle seines jahrelangen Finanzberaters Giffen bedeckt. Bislang erklärte er auf kritische Fragen der Opposition die Sache zur inneramerikanischen Angelegenheit. Bereits Ende der 1990er Jahre hatte Nasarbajew allerdings nach ursprünglichem Abstreiten die Existenz einer Milliarde Dollar auf Auslandskonten zugegeben und sie nach heftiger Kritik nach Kasachstan rückführen lassen.

Gegenwärtig versucht eine Initiative von kasachstanischen Bürgern, darunter Parlamentsvertreter der Opposition, die Freigabe der in Genf blockierten Gelder zu erreichen.

Laut ihrer Argumentation sind die Gelder von US-Multis als Bestandteil der Kaufsumme für die Ölförderrechte Kasachstans ausbezahlt, aber unrechtmässig abgezweigt worden. Deshalb gehörten sie dem kasachstanischen Volk und sollten ins Ursprungsland zurückgeführt werden. Eine solche Rückführung müsste jedoch sicherstellen, dass vom Korruptionsverdacht betroffene Kreise davon nicht profitieren. Dies könnte zum Beispiel durch einen unabhängigen Fonds mit Schweizer Beteiligung geschehen. Die Schweizer Behörden allerdings verweisen auf das amerikanische Gerichtsverfahren.

Stefan Howald arbeitet bei der Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (AFP) in Basel.
www.aktionfinanzplatz.ch

Erschienen in der Basler Zeitung, 21.6.2004.